

Weiss



S. 12 – 14

Höchste (Eltern-)Zeit

S. 15
Zeit für Kinder
und Urlaub

S. 18
Religionsfreiheit?
Wer's glaubt, wird selig.

S. 20
Mobilitätsgerechtigkeit
kommt allen zugute

2024

März

01	Freitag
02	Samstag
03	Sonntag
04	Montag
05	Dienstag
06	Landtag
07	Landtag
08	Landtag, Weltfrauentag
09	Samstag
10	Sonntag
11	Montag
12	Dienstag
13	Mittwoch
14	Donnerstag
15	Freitag
16	Samstag
17	Sonntag
18	Montag
19	Heiliger Josef, Vatertag
20	Mittwoch
21	Tag gegen Rassismus
22	Freitag
23	Samstag
24	Sonntag
25	Montag
26	Dienstag
27	Mittwoch
28	Donnerstag
29	Karfreitag
30	Frühlingsferien
31	Ostern, Sommerzeit Beginn

April

01	Ostermontag
02	Frühlingsferien
03	Frühlingsferien
04	Frühlingsferien
05	Frühlingsferien
06	Frühlingsferien
07	Frühlingsferien
08	Frühlingsferien
09	Frühlingsferien
10	Landtag
11	Landtag
12	Landtag
13	Frühlingsferien
14	Frühlingsferien
15	Montag
16	Dienstag
17	Mittwoch
18	Donnerstag
19	Mitgliederversammlung
20	Samstag
21	Sonntag
22	Montag
23	Dienstag
24	Mittwoch
25	Donnerstag
26	Freitag
27	Samstag
28	Sonntag
29	Montag
30	Dienstag

Mai

01	Tag der Arbeit
02	Donnerstag
03	Freitag
04	Samstag
05	Sonntag
06	Montag
07	Dienstag
08	Mittwoch
09	Auffahrt
10	Feiertagsbrücke
11	Samstag
12	Muttertag
13	Montag
14	Dienstag
15	Landtag, Tag der Familie
16	Landtag
17	Landtag, IDAHOBIT
18	Samstag
19	Pfingsten
20	Pfingstmontag
21	Dienstag
22	Biodiversitätstag
23	Donnerstag
24	Freitag
25	Samstag
26	Sonntag
27	Earth Overshoot Day
28	Dienstag
29	Mittwoch
30	Fronleichnam
31	Feiertagsbrücke

Juni

LGBTQIA+ Pride Monat

01	Samstag
02	Sonntag
03	Montag
04	Dienstag
05	Weltumwelttag
06	Donnerstag
07	Freitag
08	liPride
09	Sonntag
10	Montag
11	Dienstag
12	Landtag
13	Landtag
14	Landtag
15	Samstag
16	Sonntag
17	Montag
18	Dienstag
19	Mittwoch
20	Weltflüchtlingstag
21	Generalversammlung
22	Samstag
23	Sonntag
24	Montag
25	Dienstag
26	Mittwoch
27	Donnerstag
28	Freitag
29	Samstag
30	Sonntag

Juli

01	40 Jahre Frauenstimmrecht
02	Weiss Magazin #38
03	Mittwoch
04	Donnerstag
05	Freitag
06	Sommerferien
07	Sommerferien
08	Sommerferien
09	Sommerferien
10	Sommerferien
11	Sommerferien
12	Sommerferien
13	Sommerferien
14	Sommerferien
15	Sommerferien
16	Sommerferien
17	Sommerferien
18	Sommerferien
19	Sommerferien
20	Sommerferien
21	Sommerferien
22	Sommerferien
23	Sommerferien
24	Sommerferien
25	Sommerferien
26	Sommerferien
27	Sommerferien
28	Sommerferien
29	Sommerferien
30	Sommerferien
31	Sommerferien

Vorwort

Geschätzte Leser:innen

Im Entstehungsprozess vom Weiss-Magazin ist das Vorwort meist der letzte Text, der geschrieben wird. Die richtigen Worte zu finden, den Beiträgen der Autor:innen in einer kurzen Einleitung gerecht zu werden und sie zusammenzuführen, ist zugegebenermassen nicht immer einfach. Wer das Vorwort der letzten Ausgabe gelesen hat, mag sich vielleicht daran erinnern, dass ich damals den Weg über Rück- und Ausblicke gewählt habe. Ich habe über Frustration und Ängste, aber auch über Erfolge und Hoffnung geschrieben. Daran möchte ich heute anknüpfen.

Einerseits sind da die Sorgen betreffend Klimakrise, die mit den Entscheiden im Januar leider nicht abgeschwächt werden konnten. Diesem Umstand nehmen sich auch Tobias Gassner im Text auf Seite 9 und Valentin Ritter im Rückblick zu den Volksabstimmungen auf Seite 8 an. Sie beide schaffen es in ihren Beiträgen dennoch, die Hoffnung aufrechtzuerhalten und geben Anlass dafür. Anlass zur Hoffnung gibt etwa die Arbeit der Fraktion der Freien Liste, die dem Landtag bei Veröffentlichung des Magazins schon drei Vorstösse unterbreitet haben wird. Einen davon beschreibt Manuela Haldner-Schierscher ab Seite 20 ausführlicher. Ich hoffe, dass ich die Fraktionsarbeit in meinem Editorial immer wieder als «Erfolg» aufweisen kann. Hoffnung machen mir auch die Erfolge, die im Moment als ich diesen Text schreibe, gerade so zurückliegen oder kurz bevorstehen. Mein Vorwort entsteht nämlich einen Tag nach dem Ja zur 13. AHV-Rente in der Schweiz, die als «erste sozialpolitische Initiative von links, die eine Mehrheit erreicht» gefeiert wird. Und es entsteht kurz vor der Landtagssitzung im März, an der die erste Lesung zur Einführung der Ehe für Alle stattfindet – ein Anliegen, für das sich die Freie Liste schon seit Jahrzehnten stark macht. An derselben Sitzung werden die Abgeordneten ausserdem über die Einführung der bezahlten Elternzeit diskutieren. Dazu habe ich einen Beitrag geschrieben, der mir eine Mischung aus Erfolgsgefühl, Frustration und Hoffnung abverlangt hat: Der Erfolg liegt darin, dass die bezahlte Elternzeit als solche überhaupt kommt. Frustriert bin ich, weil die Regierung bei der Ausarbeitung zaghaft und unter dem Potenzial bleibt. Und Hoffnung geben mir Organisationen und Menschen, die mit Kritik und konkreten Verbesserungsvorschlägen für Chancengerechtigkeit und Gleichstellung eintreten. Mehr dazu auf Seite 12 bis 14.

Tatjana As'Ad

Co-Geschäftsstellenleiterin der Freien Liste

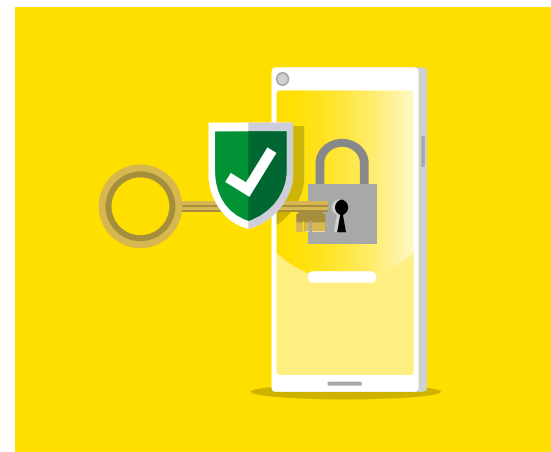


sozial
S. 12 – 14

Höchste (Eltern-)Zeit

demokratisch
S. 16

Give me your data! Gezielte Spurensicherung statt Datenrausch



demokratisch
S. 18

Religionsfreiheit? Wer's glaubt, wird selig.

Inhalt

S. 6 Ein Plädoyer für Offenheit und Selbstkritik

Es gilt als weit verbreitete Annahme, dass nur Rechte rassistisch sind und dass rassistische Handlungen nur dann als solche gelten, wenn eine böswillige Intention besteht. Dem ist aber nicht so.

S. 8 Zu den Volks- abstimmungen

Schon im ersten Quartal des Jahres haben die Stimmberechtigten über vier Sachverhalte entschieden. Eine Einschätzung zu den Ergebnissen vom 21. Januar und dem 25. Februar 2024.

S. 9 Liechtenstein braucht eine Zukunftsallianz

Die bürgerlichen Grossparteien wollen «Bewährtes erhalten». Was daraus resultiert, ist Stillstand. Diejenigen, die Fortschritt wollen, müssen sich jetzt zusammenschliessen.

S. 10 Internationaler Währungsfonds (IWF): Machen wir mit?

Noch in diesem Jahr soll der Landtag darüber befinden, dem Internationalen Währungsfonds beizutreten – einem Gremium, das auch in der Kritik steht.

S. 15 Zeit für Kinder und Urlaub

Eine Kolumne von Ilea Batliner darüber, wieso die Vaterschaftszeit und eine Elternzeit, die man sich als Paar selbstständig einteilen kann, toll sind.

S. 20 Mobilitätsgerechtigkeit kommt allen zugute

Mobil zu sein, ist ein global verbreitetes Bedürfnis und zugleich eine der grössten Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind.

S. 22 Aus dem Gemeinderat

Schwache Abgänge und starke Beiträge

Ganz im Sinne des Sprichworts «einen guten Roten erkennt man am starken Abgang» (Peter Klien, österreichischer Satiriker) hat die VU vor einigen Wochen bekannt gegeben, dass ihr Regierungskader bei den kommenden Wahlen geschlossen nicht mehr antreten wird. Auch die FBP hat in der Vergangenheit einige unliebsame Erfahrungen mit eher verfrühten Abgängen machen dürfen. Anders als das Sprichwort suggeriert, lässt sich in den politischen Abgängen bei den Grossparteien keine Stärke erkennen. Weil der Gestaltungswille und der Mut zur Veränderung fehlt, werden unsere Regierungsmitglieder zu Verwalter:innen. Dass das nicht lange Spass macht, können wir uns vorstellen. Auf den folgenden Seiten möchten wir euch deshalb zeigen, dass wir den Mut nicht verloren haben. Der Gestaltungswille ist spürbar und die Beiträge gefüllt mit Ideen und Lösungsvorschlägen. Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Freie Liste
Fürst-Franz-Josef-Strasse 5
9490 Vaduz
T +423 231 17 31
info@freieliste.li
www.freieliste.li
www.instagram.com/freieliste

Impressum
Magazin der Freien Liste, © 2024
Verantwortlich für den Inhalt Freie Liste
Gestaltung Tandem Est., tandem-studio.cc, Vaduz
Druck Gutenberg AG, Schaan
Bildnachweise Portraits: Martin Walser, Vaduz;
Anna Becker, Vaduz; unsplash.com; Jenna Norman,
istockphoto.com; sorbetto, shutterstock.com;
Plam Petrov
Auflage 212 Exemplare

Ein Plädoyer für Offenheit und Selbstkritik

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin

Ich kann mich gut an den heissen Sommertag vor knapp vier Jahren erinnern, als ich in Zürich mit tausenden anderen Menschen auf die Strasse ging, um gegen Rassismus zu demonstrieren. An die Wut und Erschöpfung, die ich sah und an das paradox wohlthuende Gefühl von kollektivem Verständnis, das der Tag in mir auslöste. Ich erinnere mich ebenso gut an die Gespräche im Vorfeld, mit Menschen aus meinem engen Umfeld: Die Demonstrationen seien ein Importprodukt aus den USA, sie wären nicht zielführend oder gar überzogen, weil sich Rassismus in der Schweiz (und in Liechtenstein) ganz anders äussere und überhaupt gar nicht in dem Ausmass existiere. Ich erinnere mich daran, wie mir damit eine gelebte Erfahrung abgesprochen wurde. Eine Erfahrung, die ich mir lange selbst nicht zugestanden habe. Und eine Erfahrung, die ich mir selbst und anderen gegenüber immer wieder reproduziert habe. Etwa immer dann, wenn ich als Kind das Gefühl verspürte, älteren Menschen extra freundlich und extra angepasst gegenüberzutreten zu müssen – natürlich immer im breitesten Liechtensteiner Dialekt. Oder dann, wenn ich in einem Gespräch beiläufig erwähnte, dass meine Mama Liechtensteinerin ist. Fakt ist, ich habe in meinem Leben Rassismus erfahren und ich habe mich rassistisch verhalten. Eine Erkenntnis, die weh tut.

Es ist eine weitverbreitete Annahme, dass nur Rechte rassistisch sind und dass rassistische Handlungen nur dann als solche gelten, wenn eine böswillige Intenti-

on besteht. Dem ist aber nicht so. Ich habe mich schon in vielen Diskussionen wiedergefunden, die sich darum drehten, ob eine Aussage oder Handlung nun rassistisch ist oder nicht. Oft geht es dabei dann gar nicht so richtig darum, Rassismus zu begreifen, sondern vielmehr darum, Menschen vor der grausamen Bezeichnung «Rassist:in» zu bewahren. Denn kaum jemand will sich eingestehen, dass das eigene Verhalten und getätigte Aussagen rassistischer Natur sein könnten. Schliesslich waren sie ja keineswegs so gemeint. Daraus entstehen leider Abwehrmechanismen, die die hartnäckigste Verteidigung des Rassismus bilden. Ein Abwehrmechanismus ist beispielsweise, wenn den von Rassismus betroffenen Personen unverhältnismässige Emotionalität vorgeworfen wird. Das Erleben wird infrage gestellt und als nicht objektiv entwertet. Von Betroffenen wird in solchen Situationen oft erwartet, dass sie kurzerhand zu Rassismusexpert:innen werden und abschliessend, für alle nachvollziehbar und am besten eingebettet in den historischen Kontext erläutern können, was denn nun diese eine Aussage oder Handlung als rassistisch klassifiziert.

Der 21. März ist der Internationale Tag gegen Rassismus und im Zuge dessen möchte ich daran erinnern, dass wir alle rassistisch sozialisiert sind. Denkt bitte daran, wenn ihr das nächste Mal auf eine rassistische Äusserung oder Handlung hingewiesen werdet. Und widersteht den Abwehrmechanismen. Hört zu und entschuldigt euch aufrichtig. Angela Davis sagte einst,

dass es in einer rassistischen Welt nicht genügt, kein:e Rassist:in zu sein, wir müssen anti-rassistisch sein. Menschen, die rassistisch sein wollen, müssen ihre Hausaufgaben machen. Sie müssen sich mit postkolonialem Wissen auseinandersetzen und Rassismus aktiv verlernen. Der Unterschied zwischen Betroffenen und weissen Menschen ist, dass sich letztere entscheiden können, ob sie sich damit befassen möchten oder nicht. Ich und viele andere Menschen in Liechtenstein hingegen sind dieser Entscheidung ausgesetzt.

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin



Tatjana arbeitet seit 2021 auf der Geschäftsstelle der Freien Liste. Sie unterstützt den Vorstand und die Fraktion bei der politischen Arbeit und ist verantwortlich für die Kommunikation. Chancengerechtigkeit und intersektionale Gleichstellung beschäftigen sie sowohl beruflich als auch privat.

Für diejenigen, die sich zu Antirassismus weiterbilden wollen, hat Julia van Steijn vom Omni in Schaan dankenswerterweise zwei **Buchempfehlungen** bereitgestellt.



«Und jetzt Du. Rassismuskritisch leben» von Tupoka Ogette

Ein Buch, das einem zum Nachdenken bringt und nicht immer einfach zu lesen ist, weil es einem das eigene, internalisierte rassistische Denken vor Augen führt. Tupoka Ogette zeigt auf, wie wir Rassismus im Alltag erkennen und gibt konkrete Anregungen, um antirassistisch zu reagieren.

Preis: CHF 19.50.–



«Das Buch vom Anti-Rassismus. 20 Lektionen, um Rassismus zu verstehen und zu bekämpfen» von Tiffany Jewell

Was ist Rassismus? Woher kommt er? Warum existiert er? Und die wichtigste Frage von allen: Was kann ich dagegen tun? In diesem aussergewöhnlichen Buch für junge Erwachsene führt die Autorin Tiffany Jewell ihre Leser:innen in 20 Kapiteln und Übungen durch die Geschichte des Rassismus, erklärt Hintergründe und Missverständnisse und gibt die Werkzeuge an die Hand, um eine Gesellschaft frei von Rassismus, Ausgrenzung und Hass zu bauen.

Preis: CHF 32.50.–

Zu den Volksabstimmungen

Valentin Ritter

Vorstandsmitglied

Schon im ersten Quartal des Jahres haben die Stimmberechtigten über vier Sachverhalte entschieden. Es folgt eine Einschätzung zu den Ergebnissen vom 21. Januar und dem 25. Februar 2024.

Energievorlagen

Die Ablehnung der Zukunftsvorlagen zur Photovoltaik-Pflicht und den Gebäudeleitlinien beschäftigt und besorgt allgemein. Die Freie Liste wird keinen Millimeter davon abrücken, dass eine sichere Energieversorgung und die Einhaltung der Klimaziele Priorität haben müssen, weil es sich dabei um zentrale Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte handelt. Dass die gewählten Lösungsvorschläge bedauerlicherweise keine Mehrheit fanden, heisst nicht, dass wir nicht weiter darum kämpfen werden – dafür ist die Thematik zu wichtig. Ökologie und Nachhaltigkeit sind und werden bei uns keine leeren Parolen werden, mit denen wir versuchen um Stimmen zu buhlen. Mit einer parlamentarischen Initiative zur Einführung von zinslosen Darlehen für energetische Massnahmen haben wir einen ersten Schritt gemacht. Um strengere Vorschriften im Gebäudesektor werden wir aber ohnehin nicht herumkommen, dazu sind wir durch EWR und Klimaabkommen verpflichtet.

Neben dem Bereich Energie ist der Verkehrssektor derjenige, der mit den meisten Emissionen belastet ist. Trotzdem herrscht seit Jahren Stillstand und vermeintliche Lösungsansätze sind, wenn sie denn überhaupt angeregt werden, fast immer autozentriert. Nach wie vor wird am (Irr-)Glauben festgehalten, dass neue Strassen weniger Stau bedeuten. Dem ÖV, Rad- und Fussverkehr hingegen wird sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis nur wenig Platz gegeben. Die Fraktion der

Freien Liste hat mit zwei Motionen auf die Untätigkeit der Regierung im Mobilitätsbereich reagiert.

Elektronisches Gesundheitsdossier

Es ist erfreulich, dass sich das Stimmvolk für die Digitalisierung des Gesundheitssystems ausgesprochen hat. Mit dem Nein zur Initiative wurden Rückschritte im Gesundheitswesen verhindert. Anforderungen an den Datenschutz und persönliche Entscheidungsfreiheit sind durch die Widerspruchslösung («opt-out») gewährleistet. Bis wir die vollen Vorteile des elektronischen Gesundheitsdossiers geniessen können, wird wohl noch ein wenig Zeit vergehen. Es gilt jetzt, eine möglichst effiziente und für die Nutzer:innen angenehme Umsetzung weiterzuentwickeln. Die Gesundheitseinrichtungen sind hier auf Unterstützung angewiesen, damit das Potential des eGDs bestmöglich ausgeschöpft werden kann. Wir müssen jede Massnahme, die das Kostenwachstum im Gesundheitssektor bremst, prüfen und bestenfalls durchsetzen.

Einbezug des Volkes in die Bestellung der Regierung

Das liechtensteinische Stimmvolk hat sich gegen ein Experiment am politischen System entschieden. Die Freie Liste steht der Diskussion über eine Direktwahl der Regierung weiterhin offen gegenüber, Grundlage dafür muss aber eine konsistente und durchdachte Vorlage sein. Die Schwächen des DpL-Vorschlags waren allerdings gravierend und offensichtlich: Eine Vorlage, die die Position der Volksvertretung schwächt, konnten und können wir nicht unterstützen. Wir werden uns nun weiter für Vorhaben einsetzen,

die die Demokratie und Repräsentation der Bevölkerung stärken, ohne das politische System ins Wanken zu bringen und die Macht der Regierung unverhältnismässig auszubauen. Wir setzen uns für eine echte Stärkung der Demokratie ein, die Betroffene zu Beteiligten macht. Um mehr Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, das Mitbestimmen zu ermöglichen, haben wir vermehrt das Wahlalter 16, das Wahlrecht für Auslandsliechtensteiner:innen und Ausländer:innen auf Gemeindeebene gefordert und werden das auch weiterhin tun. Ausserdem wollen wir das Parlament effektiv stärken, statt Misstrauen in unsere demokratisch gewählten Institutionen zu schüren. Eine Vertretung des Volkes geht nur durch ein starkes Parlament – davon lebt die Demokratie.

Valentin Ritter
Vorstandsmitglied



Valentin ist seit 2023 Vorstandsmitglied der Freien Liste. Sein politisches Engagement begann aber viel früher. Er ist Gründungsmitglied der Klimabewegung in Liechtenstein und war im Vorstand der Jungen Liste. Heute studiert er Rechtswissenschaften in Basel und ist mitverantwortlich für die politische Arbeit und Kommunikation der Partei.

Liechtenstein braucht eine Zukunftsallianz

Tobias Gassner

Vorstandsmitglied und Vertreter der Jungen Liste

Die bürgerlichen Grossparteien wollen «Bewährtes erhalten». Was daraus resultiert, ist Stillstand. Diejenigen, die Fortschritt wollen, müssen sich jetzt zusammenschliessen.

Die Niederlage bei den Abstimmungen zu den Energievorlagen war ein Trauerspiel und eine bittere Erfahrung gleichzeitig. Das Trauerspiel stellte sie insbesondere für die VU und die FBP dar. Obwohl die Grossparteien die Vorlagen im Parlament unterstützten und die Ja-Parole ausriefen, konnten sie ihre Wählerschaft nicht für die Zukunftsvorlagen mobilisieren. Bitter war sie für alle, die sich um die Zukunft unseres Planeten sorgen und alle, die ihr Engagement und ihr Herzblut in diesen Abstimmungskampf gelegt haben.

Wir stehen jetzt vor dem Problem, die anvisierten Klimaziele kaum einhalten zu können. Die Chance auf eine nachhaltige und lokale Energieversorgung in Liechtenstein ist auf längere Sicht getrübt.

Es überrascht kaum, dass die Regierungsparteien, die seit Jahren nicht nur in Klimafragen für politischen Stillstand stehen, auch hier keine Fortschritte erzielen. Statt sich auf die drängenden Probleme unserer Zeit zu konzentrieren, wird kein Risiko eingegangen und lieber jede Gelegenheit genutzt, um den Koalitionspartner politisch auszubooten. Auf die Klimakrise haben sie keine Antworten. Die VU und FBP sind gescheitert, eine Vision für Liechtenstein zu schaffen. Nicht einmal die eigene Basis konnten sie vom Vorhaben überzeugen.

Das andauernde Streben nach Erhalt und Stillstand, ja keine zu grosse Veränderung in Angriff zu nehmen, lässt uns nach hinten fallen. Nicht nur in der Klima- und Energiepolitik, sondern auch beim sozialen Ausgleich, der Einbindung von Ju-

gendlichen oder dem Verkehrsproblem. Die Regierungsparteien hinterlassen uns einen grossen Haufen ungelöster Probleme, anstatt dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen. Durch das krankhafte Festhalten am Status Quo bremst man das Engagement von vielen, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen wollen. Insbesondere Jugendliche werden demotiviert und abgeschreckt. Resignation und Verdrossenheit sind die Folge – keine gute Entwicklung für unsere Demokratie. Besonders aber leiden unter dieser Politik jene, deren Existenzgrundlage weiter von Unsicherheiten getrübt ist. Finanziell schlechter gestellte Menschen leiden unter Kostensteigerungen wie etwa der Prämienexplosion und Mieterhöhungen, Eltern sorgen sich um bezahlbare Kinderbetreuung und Jugendliche um die Zukunft ihres Planeten.

Im Landtag war die Freie Liste über die letzten Jahre die einzige Kraft, die sich für Fortschritt eingesetzt hat. Sei es der Jahrzehnte lange Kampf für die Rechte von LGBTQAI+ Menschen, das Ringen um sozial gerechten Klimaschutz, Vorstösse zur einkommensabhängigen Krankenkasse oder Vorstösse zur Lösung des Verkehrsproblems. Ganz im Zeichen ihrer eigenen Politik scheitern die meisten Vorstösse an der Regierungsmehrheit. Wir dürfen uns keinen Illusionen mehr hingeben, die Regierung hat uns lange genug viel versprochen und gleichzeitig nur gebremst. Ein sozialeres, grüneres, demokratischeres und offeneres Liechtenstein können wir nur erreichen, wenn wir uns zusammenschliessen. Liech-

tenstein braucht eine Zukunftsallianz, ein Bündnis der progressiven Kräfte im Land. Einzelnen kommen wir nicht vorwärts, Veränderung können wir nur gemeinsam vorantreiben.



Tobias Gassner
Vorstandsmitglied und
Vertreter der Jungen Liste



Tobias ist seit Juni 2023 im Vorstand der Freien Liste. Dort fokussiert er sich auf das Ressort Politik. Er ist ausserdem Vorstandsmitglied der Jungen Liste und fungiert als Bindeglied zwischen den beiden Gremien. Tobias studiert Politikwissenschaften und Soziologie in Basel.

Internationaler Währungsfonds (IWF): Machen wir mit?

Sandra Fausch

Stellvertretende Landtagsabgeordnete

Noch in diesem Jahr soll der Landtag darüber befinden, dem Internationalen Währungsfonds beizutreten. Einem Gremium zur Sicherung der Stabilität des internationalen Finanz- und Währungssystems und zur Ausweitung des Welthandels. Ein Gremium, das auch in der Kritik steht.

Liechtenstein hat mit der Zustimmung des Landtags vergangenen September die Beitrittsverhandlungen zum Internationalen Währungsfonds, kurz IWF, aufgenommen. Als Mitglied würde Liechtenstein über einen Kreditgeber in letzter Instanz verfügen, der im Falle einer eintretenden Krise für die nötige Liquidität sorgen kann.

Eine solche Krise kann beispielsweise von einer Naturkatastrophe ausgelöst werden, deren Bewältigung die finanziellen Möglichkeiten des Landes überragen könnte. Auch Finanzschocks können Liechtenstein empfindlich treffen. Bekanntlich verfügt Liechtenstein nicht über eine Nationalbank, die in einem Krisenfall als Kreditgeber fungiert. Im Krisenfall sind wir auf die Bereitschaft anderer Länder angewiesen – insbesondere auf jene der Schweiz. Der Beitrittswunsch ist für Liechtenstein aus dem Gesichtspunkt der Vorsorge und dem Bedürfnis nach Absicherung im Krisenfall durchaus nachvollziehbar. Als Mitglied hätten wir Zugang zu Expertise im Bereich der Fiskal- und Geldpolitik und könnten von der technischen Unterstützung profitieren. Zudem wäre unser Wirtschafts- und Finanzplatz stärker sichtbar. Letztlich stärkt eine Mitgliedschaft in internationalen Gremien, wie es der IWF ist, die Souveränität Liechtensteins.

Eine feine Sache also?

Kritiker:innen und zahlreiche Wissenschaftler:innen aus diversen Gebieten verweisen immer wieder auf Kontroversen und Missstände rund um die Organisation und ihr Tätigkeitsfeld. Im Mittelpunkt steht dabei die Kreditvergabe, welche an eine Vielzahl von Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft ist. Mittels sogenannten Strukturanpassungsprogrammen (SAP), welche in der Praxis insbesondere die Liberalisierung des Handels sowie der Finanz- und Kapitalmärkte, die Privatisierung öffentlicher Betriebe und die Deregulierung der Wirtschaft zur Folge haben, greift der IWF in die inneren Angelegenheiten eines Landes ein und überschreitet gemäss Kritiker:innen seine Kompetenz. In welchem Ausmass verdeutlichen folgende Zahlen: Zwischen 1980 und 2014 nahmen 109 von 137 Entwicklungsländern an mindestens einem strukturanpassenden Programm teil. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, standen die einkommensschwächsten Entwicklungsländer im Durchschnitt fast

jedes zweite Jahr unter der «Vormundschaft» des IWF. Dies mit teils weitreichenden Folgen für die Gesellschaft, deren Gesundheit, den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Lage.

Aufgrund der Struktur der UN-Sonderorganisation und der IWF-Quoten kommt den folgenden sechs Mitgliedsländern die grösste Macht zu: Vereinigten Staaten, Japan, China, Deutschland, Vereinigtes Königreich und Frankreich. Sie verfügen zusammen über knapp 40 Prozent der gesamten Stimmrechte im IWF. Unter diesen Vorzeichen lassen sich durch die «erzwungene» Liberalisierung neue Märkte für Grosskonzerne erschliessen und heimische Produkte verdrängen. Durch die Deregulierung öffnen sich in Entwicklungs- und Schwellenländern die Finanz- und Wirtschaftssysteme für globale Player, denen sich erstere unterwerfen müssen. Durch die Privatisierung sind zudem beispielsweise der freie Zugang zu Wasser und die Energieversorgung gefährdet.

Trotz aller Kritik soll erwähnt sein, dass der IWF in der globalisierten Welt auch einen positiven Einfluss auf das internationale Finanzsystem und die Weltwirtschaft hat. Jene Finanzkrisen, die sich seit den 1970er und 1980er auch von Seiten der Entwicklungsländer ausgebreitet haben, konnte der IWF durch seine sofortige finanzielle Intervention abfangen. Damit konnte die Gefahr, dass sich die Krisen auf die internationalen Finanzmärkte erstrecken, abgewendet werden.

Verantwortung wahrnehmen

Allerdings stellt sich bei einem Beitritt die Frage, ob und inwiefern Liechtenstein im IWF eine Mitgestaltungsmöglichkeit hätte und der sozialen, ökologischen und ökonomischen Verantwortung im Gremium nachkommen könnte. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der UN-Nachhaltigkeitsziele, die besagen, niemanden zurückzulassen («leave no one behind»), sowie des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechte. Ein Beitritt bedeutet ein klares Bekenntnis zum IWF, zu dessen Politik, Funktionsweise und Tätigkeitsfeldern. Die Schweiz ist nach einem kontroversen Abstimmungskampf und einem Ergebnis von 56 Prozent Ja-Stimmen seit 1992 Mitglied.

Die Beitrittsfrage dürfte, wenn es nach der Regierung geht, noch in diesem Jahr entschieden werden. Dafür hat

sie dem Landtag noch im ersten Halbjahr einen Bericht und Antrag in Aussicht gestellt. Dann erst verfügt der Landtag mit den dargelegten Bedingungen über eine solide Diskussionsgrundlage. Die Chancen für eine Zustimmung dürften angesichts der wirtschaftsliberalen Haltung im Landtag gutstehen. Seitens der IWF-Delegation stehen die Zeichen, nach einem Besuch in Liechtenstein, auf grün. Angesichts des gesunden öffentlichen Hausalters und der global ausgerichteten Wirtschaft von Liechtenstein ist das wenig überraschend.

Die Freie Liste wird sich kritisch mit den Vor- und Nachteilen eines Beitritts auseinandersetzen und sich dafür einsetzen, die UN-Nachhaltigkeitsziele bei einem Beitritt hochzuhalten und konsequent zu verfolgen. Letztlich unterliegt ein Beitrittsentscheid dem fakultativen Staatsvertragsreferendum und die Vorlage zum Finanzteil, also die verzinste Hinterlegung eines Teils der Quote, dem fakultativen Referendum für Finanzbeschlüsse. Damit ist eine Volksabstimmung, wie 1992 in der Schweiz, denkbar.

Sandra Fausch
Stellvertretende
Landtagsabgeordnete



Sandra ist stellvertretende Landtagsabgeordnete der Freien Liste. Als Umweltingenieurin liegen ihr ökologische Landwirtschaft und der ressourcenschonende Umgang mit unserer Natur besonders nahe. Dafür braucht es ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem.

Höchste (Eltern-)Zeit

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin

Es ist höchste Zeit, über Zeit zu reden. Über das, was Zeit beansprucht: Lohnarbeit, Kinderbetreuung, (Selbst-)Fürsorge und Pflege von Angehörigen. Über den Wert, mit dem die Zeit bemessen wird. Und darüber, wer wie frei über die eigene Zeit verfügen kann. Denn in einer Gesellschaft, die Zeit als ökonomisches Gut versteht, ist sie knapp. Das ist kein individuelles Problem, sondern gesellschaftlich erzeugt.

Elternwerden ist eine Ausnahmesituation. Die ersten Schritte als Familie führen auf direktem Weg in eine neue Realität, begleitet von nie erlebten Emotionen und schlaflosen Nächten. Sich darin zurechtfinden, neue Herausforderungen organisieren und in den Alltag integrieren, den eigenen Bedürfnissen und den Bedürfnissen des jüngsten Familienmitglieds gerecht werden, ist kein Sonntagsspaziergang. Vielmehr ist es ein Ausdauerlauf, der Zeit braucht. Und Ruhe. Gemeinsame Zeit als Familie nach der Geburt eines Kindes, befreit von Geldsorgen und anderen Störfaktoren, können sich aber bei weitem nicht alle leisten. Sich diese Zeit nehmen (können), führt zwar nicht dazu, dass die Betreuungsaufgaben später weniger Zeit beanspruchen. Aber die gemeinsame Anfangszeit als Familie ebnet einen Weg in den neuen Alltag, der auch längerfristig eine gerechtere Aufteilung der Haus- und Familienarbeit verspricht. Was wichtig ist, weil die Care-Arbeit eben nicht mit dem Überschreiten des Kleinkindalters aufhört. Vielmehr ist sie die Summe aus bezahlter und unbezahlter Arbeit, die reproduktive Tätigkeiten jeder Art umfasst. Dazu gehören die Erziehung, Um- und Versorgung, Betreuung und Bildung von Kindern, die familiäre und professionelle Pflege von Angehörigen und älteren Mitmenschen, Nachbar:innen und Freund:innen, die emotionale Zuwendung in Gemeinschaften und Instandhaltungsmassnahmen aller Art. Hinzu kommen Haushaltstätigkeiten, Planungs- und Organisationsprozesse sowie das Antizipieren von Bedürfnissen, die in einer Familie oder Gemeinschaft anfallen. Im Grunde also all das, was für ein ganzheitlich funktionsfähiges, soziales Gefüge notwendig ist. Care-Arbeit ist also systemrelevant und das nicht nur im privaten Umfeld. Jede Gruppe, Organisation oder Institution ist explizit und implizit darauf angewiesen.

Zeit für Politik

Umso ungerechter ist es, dass diejenigen, die sich trotz der Umstände Zeit dafür nehmen, oft sogar Mehrkosten zahlen. Nach wie vor wird der Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit von Frauen geleistet. Sie sind es, die bei der Familiengründung einen Karrierebruch in Kauf nehmen, der ihre beruflichen Aufstiegschancen und finanzielle Stabilität, insbesondere im Rentenalter,

mindert. Auf den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt folgt ein Balanceakt aus Erwerbs- und Care-Arbeit, der wenig Zeit für anderes offenlässt. Wenig Zeit für die eigenen Bedürfnisse und noch weniger Zeit für politisches Engagement. Vielleicht liegt es auch daran, dass die liechtensteinische Politik den Handlungsdruck hin zu familienfreundlicheren Rahmenbedingungen scheinbar nicht von sich aus und schon viel früher erkannt hat. Weil denen, die alltäglich mit den Herausforderungen konfrontiert sind, aufgrund von unzureichenden Rahmenbedingungen schlichtweg die Zeit fehlt, eine Verbesserung politisch einzufordern und diese voranzutreiben. Eine EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll das ändern. Als EWR-Mitgliedstaat hat Liechtenstein seit 2019 Kenntnis darüber, dass auch hierzulande entsprechende Massnahmen eingeführt werden müssen. Trotzdem hat sich die Exekutive beim Familien- und Betreuungszeit Schaffen massig Zeit gelassen – und scheinbar leider doch zu wenig Zeit in eine gewissenhafte Ausarbeitung investiert. Nachdem die Vorgängerregierung die EU-Richtlinie willentlich ignorierte, wurde Ende 2022 eine Vorlage präsentiert, die die EU-Mindestanforderungen gerade so erfüllte. Die übergeordneten Ziele von Gleichstellung und Chancengerechtigkeit hätten damit keineswegs erreicht werden können. Entsprechend umfassend fiel die Kritik im Vernehmlassungsprozess aus, an dem sich auf die Freie Liste beteiligt hat. Dieser vehementen Kritik ist es zu verdanken, dass wir heute über eine überarbeitete Vorlage diskutieren, die tatsächlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen kann. Und dennoch besteht Verbesserungspotenzial.

Zeit für Care

Nachgebessert hat die Regierung im zweiten Anlauf etwa auf sprachlicher Ebene: Anstelle von «Urlaub» werden neu die Begriffe «Mutterschafts-», «Vaterschafts-» «Eltern-» und «Betreuungszeit» genutzt. Für sich allein ist das natürlich reine Symbolpolitik. Trotzdem ist die Anpassung wichtig, weil sie benennt, um was es bei der ganzen Geschichte überhaupt geht. Nämlich darum, dass sowohl Mütter als auch Väter Zeit haben sollen, eine Beziehung zu ihrem Kind aufzubauen, sich gegenseitig zu entlasten und in die veränderten Lebensumstände reinzuwachsen. Oder

darum, dass die Zeit für Pflege- und Betreuungsaufgaben gerecht verteilt werden muss. Dafür braucht es Zeit frei von der Erwerbsarbeit, die mit Urlaub aber denkbar wenig zu tun hat. Im Gegenteil: In dieser Zeit wird Care-Arbeit geleistet, die das Fundament von Gesellschaft und Wirtschaft bildet. Sie ist die Grundlage dafür, dass Menschen morgens zur Erwerbsarbeit aufbrechen. Denn wir alle müssen schlafen, essen, uns wohlfühlen und zudem wissen, dass unsere Liebsten gut versorgt sind, um überhaupt erst einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen. «Keine menschliche Produktion ist möglich, ohne dass die Natur schon produziert hat und keine Erwerbsarbeit ist möglich ohne vorher geleistete Sorgearbeit», beschreibt die Ökonomin Adelheid Biesecker dieses «vorsorgende Wirtschaften». Es ist höchste Zeit, dass dieser systemrelevante Beitrag endlich die Aufwertung und Anerkennung erfährt, die er verdient. Und es ist höchste Zeit für eine politische Strategie, die die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit klar als Gesellschaftsaufgabe anerkennt. Gerade mit Blick auf die demographische Entwicklung und dem damit einhergehend steigenden Pflege- und Betreuungsbedarf braucht es zukunftsfähige Lösungen. So muss etwa auch die finanzielle Wertschätzung von Care-Fachkräften ihrer Verantwortung entsprechend steigen. Und alle, die sich der Fürsorgearbeit im privaten Umfeld annehmen, müssen dabei unterstützt statt benachteiligt werden. Fünf bezahlte Tage für Betreuungszeit sollten also selbstverständlich sein. Ebenso selbstverständlich sollte sein, dass der Bezug von (unbezahlter) Familienzeit nicht zur Kürzung der bezahlten Ferien führen darf. Hier hat die Regierungsvorlage Verbesserungspotenzial.

Zeit und Geld

«Zeit ist Geld», heisst es. Sicher ist jedenfalls, dass Zeit und Geld miteinander korrelieren. Und, dass beides ungerecht verteilt ist. Es gibt Menschen, die den Grossteil ihrer Zeit mit Lohnarbeit verbringen und deren Gehalt dennoch nur knapp die Lebensunterhaltskosten deckt. Diese Menschen können nicht gleich frei über ihre Zeit verfügen, wie Personen, die eine Zeit ohne Einkommen problemlos überbrücken könnten. Sie können sich keine Familienzeit leisten, die zu Lasten der Erwerbsarbeit und des Haushaltsbudgets geht. Unter diesen Um-

4 Monate bezahlte Elternzeit

zu 100 % des AHV-pflichtigen Lohns gedeckelt ab dem doppelten Betrag der maximalen AHV-Rente (derzeit bei CHF 4'760.–)

Solidarische Finanzierung aller Familienleistungen aus der FAK statt benachteiligende Abwicklung über die Taggeldprämie der Krankenkasse

5 Tage bezahlte Betreuungszeit zu 80 % des AHV-pflichtigen Lohns

ständen müssen also irgendwo Abstriche gemacht werden, die leider oft nachhaltige Folgen für die eigene Gesundheit und die Chancengerechtigkeit der eigenen Kinder haben. Überarbeitung, Erschöpfung, Schlafmangel und begrenzte zeitliche Ressourcen sind denkbar schlechte Voraussetzungen für die Herausforderung und Ansprüche, die Erziehungsarbeit mit sich bringt. Wenn die (frühe) Förderung darunter leidet, dann beeinträchtigt das die Entwicklungschancen von Kindern nicht nur akut, sondern hat mitunter negative Auswirkungen auf den gesamten Bildungsweg bis hin zur Berufslaufbahn im Erwachsenenalter. Nicht selten reproduzieren sich die sozioökonomischen Verhältnisse somit und bilden einen Kreislauf der Armut, der nur schwer durchbrochen werden kann. Um die sozialpolitischen Interessen des Staates zu wahren, müssen zwingend Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dem entgegenwirken: Einerseits muss ganz allgemein sichergestellt werden, dass die Erwerbsarbeit so ausgestaltet und bezahlt ist, dass sie vor Armut und Armutsgefährdung schützt. Andererseits muss gewährleistet werden, dass kein Kind aufgrund der finanziellen Lage seiner Eltern

auf frühe Förderung verzichten muss. Zum Schutz der vulnerabelsten Mitglieder unserer Gesellschaft und für Chancen- und Bildungsgerechtigkeit braucht es also zwingend eine ausreichend bezahlte Elternzeit. Nach heftiger Kritik hat die Regierung im zweiten Anlauf deutlich nachgebessert und ihr Verständnis einer «ausreichenden Bezahlung» wie folgt definiert: Neu soll die Vergütung 100 Prozent des AHV-pflichtigen Lohns, gedeckelt ab dem doppelten Betrag der maximalen AHV-Rente (derzeit bei CHF 4'760.–), pro Monat und Elternteil umfassen. Ein begrüssenswerter Vorschlag, der den Bezug der bezahlten Elternzeit insbesondere für Familien im unteren Einkommensdrittel ermöglicht, weil dadurch keine finanziellen Einbussen entstehen. Demgegenüber hält die Regierung allerdings auch in der aktuellen Vorlage daran fest, dass nur zwei der vier Monate Elternzeit bezahlt sein sollen. Für Eltern, die sich schlichtweg keine Zeit ohne Einkommen leisten können, ist die Eigenbetreuung des Kindes im ersten Lebensjahr damit ausgeschlossen. Da gemäss Expert:innen genau in diesem Alter Lern- und Entwicklungsprozesse stattfinden, die für die weitere Entwicklung von sozialen und kognitiven Fähigkeiten massgebend sind, darf die Zeit hier kein knappes Gut sein. Erst recht nicht aufgrund von fehlendem Geld. Für Chancen- und Bildungsgerechtigkeit braucht es entsprechend mindestens vier Monate bezahlte Elternzeit pro Elternteil.

... und wieder Geld

«Geld wächst nicht auf den Bäumen» werden einige schreien, wenn es um die Finanzierung der Massnahmen geht. Und das stimmt, Geld wächst wirklich nicht auf den Bäumen. Aber wäre dem so, dann hätten die einen bewässerte Plantagen während andere viel Zeit in einen einzigen Obstbaum giessen, der kaum Früchte trägt. In der Welt mit den «Geldbäumen» gäbe es womöglich auch einen Gemeinschaftsgarten, der nicht nur dem sozialen Wohlbefinden dient, sondern auch Humus liefert. Und es gäbe Menschen, die diesen Garten pflegen und deshalb keine Zeit für Erntearbeit haben. Weil ein blühender Garten und Humus im Interesse aller sind, sollte ein gemeinschaftlicher Obstkorb den Ernteausfall bei Gartenarbeit ausgleichen. Wie müsste der befüllt werden? Fair wären ernteabhängige Anteile. Schliesslich hängt die

Höhe der Ernte ja von der Anzahl an Bäumen ab, die zum Wachsen entsprechend viel Humus aus dem Garten brauchen. Und niemand sollte auf Früchte verzichten müssen, erst recht nicht die, die Gartenarbeit ermöglichen und leisten. Lange Rede, kurzer Sinn: Ohne Fürsorge, Betreuung und Pflege kein gesunder Gemeinschaftsgarten und kein Humus für wirtschaftliches Wachstum. Analog dazu braucht es eine solidarische Finanzierung der Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Care-Arbeit betriebsübergreifend und gesamtgesellschaftlich verantwortet. Familienfreundliche Betriebe und Menschen, die Kinder und Angehörige pflegen, dürfen unter keinen Umständen benachteiligt werden. Mit der Abwicklung von Mutterschafts- und Vaterschaftsleistungen über die Taggeldversicherung passiert aber genau das: Die Elternschaft von Arbeitnehmer:innen kommt mit einer Kostenerhöhung für Arbeitgebende. Dieses Risiko wird bei Frauen höher eingeschätzt und verringert damit ihre Arbeitsmarktchancen. Mit einer Kostentragung der gesamten Familienleistungen über die Familienausgleichskasse (FAK) könnten diese Umstände behoben werden. Um die Finanzierung zu sichern, sollen Arbeitnehmendenbeiträge in der Höhe von 0,1 Prozent des Bruttolohns eingeführt werden. Die zusätzlichen Ausgaben der FAK für Mutterschafts- und Vaterschaftsleistungen könnten über eine entsprechende Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge solidarisch eingenommen werden. Gegebenenfalls sollte auch ein Staatsbeitrag an die FAK in Erwägung gezogen werden.

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin



Tatjana arbeitet seit 2021 auf der Geschäftsstelle der Freien Liste. Sie unterstützt den Vorstand und die Fraktion bei der politischen Arbeit und ist verantwortlich für die Kommunikation. Chancengerechtigkeit und intersektionale Gleichstellung beschäftigen sie sowohl beruflich als auch privat.

Zeit für Kinder und Urlaub

Ilea Batliner

Weil einer nicht reicht, präsentiere ich hier ein paar Gründe, wieso ich die Vaterschaftszeit und eine Elternzeit, die man sich als Paar selbstständig einteilen kann, toll finde. Vielleicht ist für euch auch einer dabei.

Entscheidungsfreiheit

Wenn zwei Leute Eltern werden, sich dazu entscheiden, ein Kind zu zeugen (oder zu adoptieren) und gemeinsam zu erziehen, dann ist das im besten Fall, den nehme ich jetzt mal als Regelfall an, eine gemeinsame, gleichberechtigte Entscheidung. Genauso sollte es eine gemeinsame und gleichberechtigte Entscheidung sein, wie die beiden Elternteile ihren bisherigen Alltag und ihre Karriere an die neue Situation anpassen wollen. Um diese Entscheidung informiert treffen zu können, macht es Sinn, auch dem Vater Zeit zu geben. Einerseits um sich den Alltag Zuhause vorstellen zu können und andererseits um schlichtweg Zeit für seine Familie zu haben. Wie die Aufteilung der Care-Arbeit dann in der jeweiligen Familie aussieht, ist natürlich ihnen überlassen, aber die Entscheidung sollte nicht schon von Anfang an auf eine Seite vorbelastet sein.

Karrierechancen

Arbeitgeber:innen berechnen bei Neuanstellungen und Beförderungen das Risiko mit ein, die Arbeitskraft durch eine Elternschaft entweder ganz oder zu einem gewissen Prozentsatz zu verlieren. Das passiert aber vor allem bei Frauen. Das ist a) Diskriminierung und b) absolut verständlich. Wenn ich mir vorstelle, dass ich die Wahl zwischen zwei Anwärter:innen habe und bei der einen muss ich mich auf unbezahlten Urlaub gefasst machen, beider

anderen nicht, dann ist es für mich wirtschaftlicher, mich für die ohne Urlaub zu entscheiden. Das ist wie gesagt verständlich aber extrem unfair. Das «Risiko» Eltern zu werden, ist bei allen Geschlechtern gleich gross und sollte bei einer Anstellung entsprechend behandelt werden. Hier würde eine gesetzliche Festlegung von Urlauben oder einer geteilten Elternzeit mehr Gleichberechtigung im Beruf bedeuten.

Arbeitsteilung

Ich finde es super wichtig, speziell nach dem letzten Punkt, ganz klar zu sagen, dass Kinder auch Arbeit sind und Hausfrau: Hausmann genauso sehr ein Beruf ist, wie alle anderen auch. Und wenn diese Arbeit alleine gestemmt werden muss, werden Überstunden gemacht, die mit keinem anderen Beruf vergleichbar sind. Durch die Vaterschaftszeit erhoffe ich mir, dass diese oft unsichtbare Arbeit zumindest für diese paar Wochen sichtbar wird und dadurch auf lange Sicht mehr Wertschätzung erfährt. Vielleicht fällt dadurch eine Aufteilung der Arbeit sogar leichter.

Wozu denn überhaupt

Hier der vielleicht unbeliebteste Punkt: Wieso sollte ich denn ein Kind bekommen, wenn ich entweder alleine damit bin oder keine Zeit dafür habe? Eine nicht zusammenklappende AHV ist (glaube ich zumindest) eine sehr dünne Motivation um ein Kind zu bekommen. Klar gibt es viele, de-

ren Kinderwunsch so gross ist, dass die Umstände eben nur Umstände und keine Hürden sind, aber es gibt auch Familien, die sich deshalb gegen ein Kind oder gegen ein weiteres entscheiden.

Einfach weil wir es uns gönnen

Wenn sonst nichts zieht, dann vielleicht einfach, dass wir uns gegenseitig die Zeit gönnen, die kleine neue Person kennen zu lernen.

Ilea Batliner



Ilea ist 26 Jahre alt, arbeitet im Archiv und studiert Geschichte in Zürich. Ausserdem schreibt sie unter anderem Texte für das Liechtensteiner Vaterland, die Zürcher Studierendenzzeitung und das «Betzge», wo sie Gründungs- und Vorstandsmitglied ist.



Give me your data! Gezielte Spurensicherung statt Datenrausch

Manuela Haldner-Schierscher
Landtagsabgeordnete und Vorstandsmitglied

Seit der Umsetzung der Vorgaben aus den EWR-Richtlinien zu Datenschutz und Vorratsdatenspeicherung im Jahr 2010 werden in Liechtenstein flächendeckend und ohne konkreten Anlassverdacht Telefonie- und Internetverkehrsdaten gespeichert. Ein Angriff auf die Privatsphäre mit demokratiegefährdender Wirkung.

«Die können gerne alles von mir wissen. Ich habe nichts zu verbergen, bin ja schliesslich integer». Sind Sie auch dieser Meinung? Oder hören Sie das manchmal – lässig in die Runde geworfen – aus Ihrem Umfeld, wenn über Datenschutz, das Sammeln von Daten und Schutz der Privatsphäre debattiert wird? Es ist vielen wahrscheinlich gar nicht bewusst, dass es seit der Umsetzung der Vorgaben aus den EWR-Richtlinien zu Datenschutz und Vorratsdatenspeicherung im Jahr 2010 Gesetz und Praxis in Liechtenstein ist, ohne konkreten Anlassverdacht und flächendeckend unsere Telefonie- und Internetverkehrsdaten zu speichern.

Diese kritische Praxis wurde bis anhin damit gerechtfertigt, dass dadurch die nationale Sicherheit gewährleistet und schwere Straftaten bekämpft werden können. Selbstverständlich ist es wichtig, dass die Behörden Informationen und Instrumente zur Verfügung haben, um Straftaten entgegenzuwirken und Kriminelle zu überführen. Doch ist es angemessen und verhältnismässig, dafür die Kommunikationsdaten sämtlicher Bürger:innen für Monate zu speichern? Ist es zielführend und notwendig, unser aller Daten zu sammeln, zum Beispiel wer mit wem, wann und wie lange telefoniert hat und in welcher Funkzelle die Person dabei eingeloggt war?

Diese Fragen könnte man allenfalls noch eher mit einem Ja beantworten, wenn dadurch die angestrebten Ziele tatsächlich erreicht werden könnten und signifikante Erfolge in der Verhinderung von Straftaten und der Überführung von Täter:innen verbucht werden könnten. Doch in Tat und Wahrheit zeigen die Erfahrungen in ganz Europa, dass die anlasslose Vorratsdatenspeicherung keinen messbaren, positiven Einfluss auf die Kriminalitätsrate oder die Aufklärung von Straftaten hat.

Im Gegenzug liegt die demokratiegefährdende Wirkung der anlasslosen Sammlung und Speicherung von Daten unter anderem auch darin, dass sie Verhaltensänderungen bei Menschen bewirken kann. Nämlich dadurch, dass ein Klima der

Überwachung geschaffen wird, das die individuelle Freiheit und den freien Ausdruck der Persönlichkeit einzuschränken vermag. Dies kann dazu führen, dass Menschen in ihrem Kommunikationsverhalten vorsichtiger werden, aus Angst, dass ihre Daten missbraucht oder in einem anderen Kontext gegen sie verwendet werden könnten. Zudem können aus einer Anhäufung und Analyse scheinbar harmloser Daten sensible Informationen abgeleitet werden, die jemand nicht preisgeben möchte. Wer annimmt, dass Privatsphäre nur für diejenigen wichtig ist, die etwas zu verbergen haben, übersieht, dass Privatsphäre ein grundlegendes Menschenrecht ist, das Freiheit im Denken und Handeln ermöglicht.

Der EuGH (Europäische Gerichtshof) hat dazu in mehreren Urteilen entschieden, dass ein Staat solche Informationen nicht einfach vorsorglich speichern darf, weil dies einen gravierenden Eingriff in die Privatsphäre darstelle. Durch solche Gesetze würden die Grenzen des absolut Notwendigen überschritten und könne in einer demokratischen Gesellschaft nicht als gerechtfertigt angesehen werden.

Als im letzten Jahr die Revision des Kommunikationsgesetzes im Landtag behandelt wurde, schien sich ein Grossteil von Regierung und Abgeordneten nicht daran zu stören, dass die allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten im Widerspruch zur Verfassung und anderen Menschenrechtsabkommen steht.

Wenn nicht von Seiten der Freien Liste deutliche Kritik an dieser rechtlich nicht zulässigen Praxis geübt worden wäre, wären wohl – ungeachtet der EuGH-Urteile – munter weiter Daten gesammelt worden. Es ist deshalb erfreulich, dass die Regierung binnen Jahresfrist unserer Forderung nach einer rechtskonformen Lösung nachgekommen ist. Mit dem vorgelegten Vernehmlassungsbericht wird der Wechsel von der aktuell geltenden allgemeinen und unterschiedslosen Vorratsdatenspeicherung zu einer anlassbasierten,

gezielten Datenspeicherung aufgezeigt. Daten können damit im Einzelfall zur Verfolgung schwerer Kriminalität auf Anordnung des Gerichts umgehend gesichert, für eine bestimmte Zeitspanne gespeichert und herausgegeben werden.

Die Tatsache, dass die Vorlage vom Amt für Kommunikation, dem Amt für Justiz, der Datenschutzstelle, Landespolizei, Landgericht und Staatsanwaltschaft gutgeheissen und unterstützt wird, zeigt, dass mit diesem Lösungsvorschlag ein Gleichgewicht zwischen Datennutzung zur Bekämpfung von schwerer Kriminalität und dem Schutz individueller Rechte gefunden werden konnte.

Manuela Haldner-Schierscher
Landtagsabgeordnete und
Vorstandsmitglied



Manuela ist Landtagsabgeordnete und seit August 2021 Vorstandsmitglied der Freien Liste. Dort ist sie zuständig für das Ressort Politik. Sie ist ausserdem Leiterin der Opferhilfestelle und als Kabarettistin Teil des Duos «Zwietracht».

Religionsfreiheit? Wer's glaubt, wird selig.

Valentin Ritter

Vorstandsmitglied

Die Bestrebungen, das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche neu zu regeln, laufen nun seit bald zwei Jahrzehnten. In dieser Zeit hat sich die Freie Liste mehrfach für eine institutionelle Trennung von Staat und Religion sowie für eine umfassende Gleichberechtigung aller Glaubensgemeinschaften ausgesprochen. Diese Forderungen sind weiter zentral im Programm der Freien Liste. Leider beobachten wir mit dem aktuellen Entwurf einen Rückschritt im Vergleich zu den Zielsetzungen aus den Jahren 2008 und 2011/2012. Die Trennung der Institutionen wird nicht weitergeführt, damit bleibt die Religionsfreiheit weiterhin gefährdet.

Religiöse Bildung und vaterländische Gesinnung als Staatsaufgaben, Art. 15 Verfassung

Zu einer konsequenten Umsetzung der Religionsfreiheit gehört dazu, dass an staatlichen Schulen Wissen über verschiedene Religionen vermittelt wird. Unterricht über Geschichte, Ethik und Ausprägung der Religionen gehört zweifelsfrei zur Allgemeinbildung. Der Glaube an sich und dessen Vermittlung, wie die Vorbereitung religionspezifischer Praktiken (etwa die Vorbereitung auf Erstkommunion und Firmung), sind jedoch Privatsache und müssen ausserhalb der öffentlichen Bildung angeboten werden.

Art. 15 der Verfassung enthält die Aufgabe des Staates, das Erziehungs- und Bildungswesen so zu gestalten, dass der Jugend eine «religiös-sittliche Bildung [und

vaterländische Gesinnung [...] zu eigen wird». Obwohl die Regierung eine geringfügige Änderung dieses Artikels vornimmt, belässt sie die vorgestrichenen Formulierungen der Bestimmung.

Es gibt einen Unterschied zwischen «religiöser Bildung» und «Bildung über die Religionen». Erstere gehört nicht zu dem, was der Staat im Rahmen seiner Aufgaben zu gewährleisten hat. Eine religiöse Bildung ist nicht Teil dessen, was an öffentlichen Schulen vermittelt werden soll. Es ist schlicht nicht möglich, religiösen Unterricht durchzuführen und dabei alle Glaubensrichtungen gleichzubehandeln.

Dass die Erziehung zur «vaterländischen Gesinnung» sicher nicht zu den Aufgaben eines Staates gehört, darf nicht unerwähnt bleiben. Man hätte beste Gelegenheit gehabt, diese Formulierung aus dem Art. 15 zu streichen. Wieso an ihr festgehalten wird, ist nicht erklärbar.

Mögliche Formulierung Art. 15 der Verfassung

Der Staat wendet seine besondere Sorgfalt dem Erziehungs- und Bildungswesen zu. Dies ist so einzurichten und zu verwalten, dass aus dem Zusammenwirken von Familie und Schule der Jugend eine hohe Qualität an Bildung gewährleistet wird. Der Staat setzt sich dafür ein, dass allgemeinbildende, kulturelle und berufsbezogene Bildung an und neben den staatlichen Schulen angeboten wird.

Negative Religionsfreiheit

Zu einer zeitgemässen Ausgestaltung des Religionsrechts gehört auch die Hochhaltung der negativen Religionsfreiheit. Denn es steht jeder Person frei, sich keiner Glaubensrichtung zugehörig zu fühlen. Dieser Grundsatz muss auch in unserer Rechtsordnung zum Ausdruck kommen. Leider sieht die Regierung bewusst von so einer Formulierung ab. Es gab in der Vergangenheit viele praktikable Vorschläge, die negative Religionsfreiheit in der Verfassung festzuhalten.

Art. 9, Abs. 1 Europäische Menschenrechtskonvention

Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen.

Keine Religionsfreiheit mit privilegierter Landeskirche

Eine konsequente Religionsfreiheit setzt einen modernen, säkularen Staat voraus. Erste Bedingung dafür ist, dass sich ein Land selbst keine Religion gibt. In einem Staat,

in dem die katholische Kirche als Landeskirche den vollen Schutz des Staates geniesst, während andere ihren Glauben in den «Schranken der Sittlichkeit» ausleben dürfen, sind Religionsgemeinschaften schon per Verfassung nicht gleichgestellt.

Dabei wurde schon vor über zehn Jahren ein Vorschlag ohne Landeskirche diskutiert und breit akzeptiert. Dass die Regierung auf diesen Schritt verzichtet, ist nur mit fehlendem Mut und Angst vor Gegenwind zu erklären. Es scheint fast, als meinte die Regierung, eine Landeskirche wäre plötzlich wieder Voraussetzung für das Funktionieren eines Staates – ein Denken, das wir eigentlich schon viele Jahrzehnte hinter uns gelassen haben. Das Festhalten am Verfassungsrang der römisch-katholischen Kirche ist einem modernen Religionsrecht schlicht unwürdig.

Unsere Verfassung und unsere Gesetze sollen Werte wie Menschenrechte, Toleranz und Gleichberechtigung widerspiegeln – das kann und soll unabhängig von Glauben geschehen.

Schwächen im Finanzierungsmodell

Ein weiterer grosser Schwachpunkt der Vorlage liegt in der Finanzierung der Religionsgemeinschaften. Die lange überfällige Trennung von Kirche und Staat wird auch auf finanzieller Ebene nicht durchgesetzt. Kosten der Pfarreien werden weiterhin durch die öffentliche Hand, respektive die Gemeindekassen getragen. Somit kommen alle Steuerzahlenden – egal ob katholisch, evangelisch, muslimisch oder konfessionslos – für die Rechnungen der Kirchengemeinden auf.

Finanzierung staatlich anerkannter Religionsgemeinschaften

Gemäss Regierungsvorlage können Religionsgemeinschaften ab 20-jährigem Wirken und mindestens 200 Mitgliedern mit inländischem Wohnsitz ein Gesuch für die staatliche Anerkennung einreichen. Den evangelischen Kirchen wird dieser Status schon per Gesetz verliehen, sie werden kein Gesuch einreichen müssen. Neben steuerlicher Privilegierung er-



Mit dem Vorschlag der Regierung stehen sich Kirche und Staat weiterhin nicht nur räumlich nahe.

halten die staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften einen Fixbetrag von CHF 20'000.– sowie einen variablen Betrag von CHF 1'000.– pro 100 Mitglieder.

Anstatt ein auf Gleichbehandlung beruhendes System einzuführen, wird die Lösung in weiteren Ungleichbehandlungen gesucht. Eine Mandatssteuer, wie sie schon vor über zehn Jahren vorgeschlagen wurde, würde diesen Konflikt beheben. Alle Steuerzahlenden könnten selbst entscheiden, welche religiöse oder karitative Institution oder welchen gemeinnützigen Zweck sie mit ihrem Betrag unterstützen wollen. Anstatt nur die wenigen «staatlich anerkannten» Religionsgemeinschaften zu bevorzugen, tritt der Staat bei diesem Modell als «Dienstleister» auf. Somit wären Personen ohne Religionszugehörigkeit oder Angehörige einer Religionsgemeinschaft ohne staatliche Anerkennung nicht gezwungen, Organisationen zu subventionieren, denen sie sich nicht zugehörig fühlen.

Fazit

Die Neuordnung der Beziehung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften hält nicht das, was von ihr versprochen wurde. Trotz jahrelangem Hinauszögern findet eine Entflechtung nur oberflächlich statt, während die Privilegierungen der katholischen Kirche und der Pfarreien weiterhin bestehen bleiben. Sowohl auf Verfassungs- als auch auf Gesetzesebene gibt es weiterhin grobe Mängel in der Gleichbehandlung

der Religionen. Wir hoffen, dass Regierung und Landtag bereit sind, ein zeitgemässes, modernes Staatskirchenrecht zu schaffen.

Die Freie Liste wird sich aktiv an dieser Ausgestaltung beteiligen, wie sie es schon in den letzten 20 Jahren getan hat. Da der Entwurf zeitnah im Landtag zu erwarten ist, beschäftigen wir uns mit möglichen parlamentarischen Mitteln, um endlich zu erreichen auf was wir lange genug gewartet haben: Eine Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften auf allen Ebenen.

Valentin Ritter
Vorstandsmitglied



Valentin ist seit 2023 Vorstandsmitglied der Freien Liste. Sein politisches Engagement begann aber viel früher. Er ist Gründungsmitglied der Klimabewegung in Liechtenstein und war im Vorstand der Jungen Liste. Heute studiert er Rechtswissenschaften in Basel und ist mitverantwortlich für die politische Arbeit und Kommunikation der Partei.

Mobilitäts-gerechtigkeit kommt allen zugute

Manuela Haldner-Schierscher
Landtagsabgeordnete und Vorstandsmitglied

Mobil zu sein, ist ein global verbreitetes Bedürfnis und zugleich eine der grössten Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind. Liechtensteins Mobilität ist geprägt vom motorisierten Individualverkehr. Für drei Viertel aller Wegstrecken, die innerhalb des Landes zurückgelegt werden, wird das Auto «unter's Födla gno».

«Modal Split»

Der Modal split zeigt die prozentualen Anteile der einzelnen Verkehrsmittel an der gesamten Verkehrsleistung auf und gibt Aufschluss über die Verkehrsmittelnutzung und die damit zurückgelegten Kilometer pro Person. In Liechtenstein beträgt der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) beträchtliche 75 Prozent am Gesamtverkehrsaufkommen.

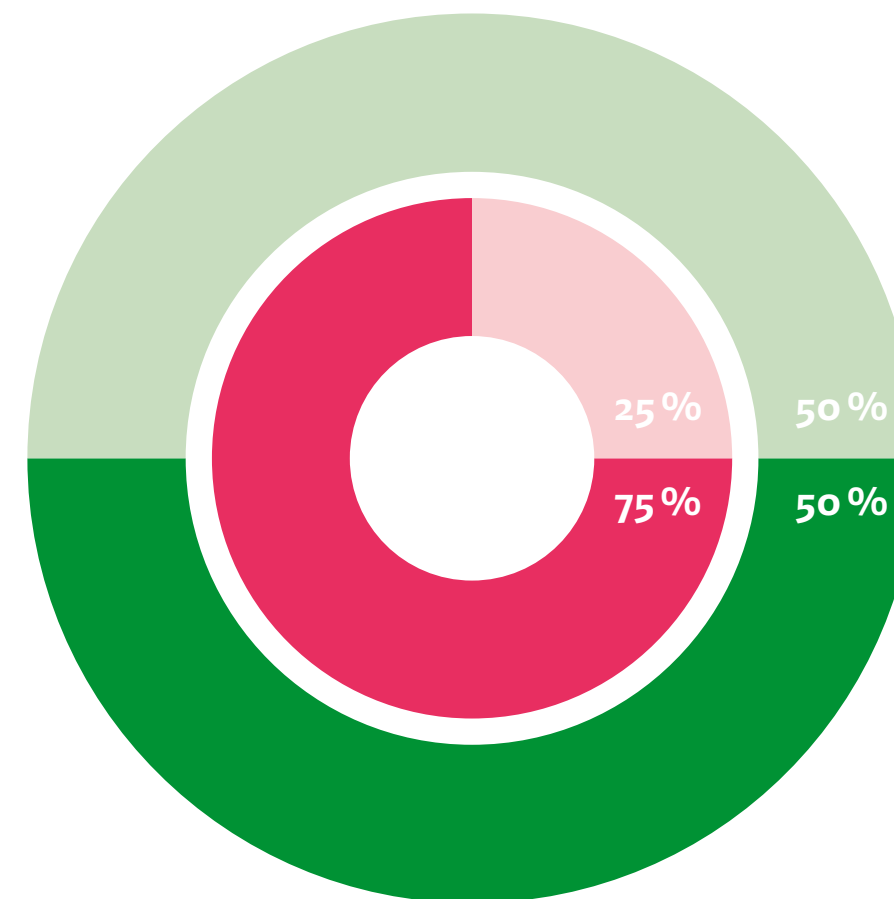
Die wachsende Erkenntnis, dass der motorisierte Individualverkehr weitreichende negative Auswirkungen auf Umwelt, Klima und die Gesundheit hat, fordert eine dringende Neuausrichtung. Raumintensiver Individualverkehr und verkehrsbedingte Schadstoffemissionen bedrohen die natürlichen und urbanen Lebensräume und verursachen enorme Folgekosten. Eine Mobilitätswende in Liechtenstein hin

zu einer ausgewogeneren Verteilung der gewählten Verkehrsmittel bietet die grosse Chance, durch die strategische Neugestaltung der Mobilitätsinfrastruktur die Lebensqualität zu verbessern und uns kostenschonend, umweltfreundlich und zukunftsgerichtet aufzustellen. Das Beste dabei ist, dass faire Verkehrskonzepte ein Gewinn für alle sind! Niemand wird verpflichtet, auf's Autofahren zu verzichten. Doch denen, die anders mobil sein wollen, stehen attraktive und sichere Alternativen zur Verfügung.

Mit dem Mobilitätskonzept 2030 hat Liechtenstein ein Massnahmenpaket geschnüpft, um das erklärte Ziel einer nachhaltigen, bedarfsgerechten und sicheren Mobilität für den Lebensraum und Wirtschaftsstandort Liechtenstein zu erreichen. Es wurden auch schon einige Leitprojekte aus dem Mobilitätskonzept in die

Wege geleitet und umgesetzt. Allerdings reicht das allein nicht aus, um den langfristigen Erfolg und die Wirksamkeit dieser Massnahmen sicherzustellen. Die grosse Frage ist: Woran messen wir, wie tauglich wir in Sachen Mobilität aufgestellt sind? Auf welche Grundlage stützen wir uns ab, um den Erfolg der Massnahmen zu bestätigen oder zu widerlegen?

Und genau darauf zielte unsere «Motion für einen SMARTen Modal Split» ab. Sie sollte Liechtenstein darin unterstützen, bis zum Jahr 2030 einen Modal Split von 50 Prozent MIV zu 50 Prozent Verbund aus Bus, Bahn, Fahrrad, Fussverkehr und anderen Formen der Mikromobilität zu erreichen. Die Integration von SMARTen Zielen (spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminiert) in das Mobilitätskonzept hätte eine systematische Überwachung und Bewertung der Fortschritte ermöglicht. Dies



Aktueller Stand
Ziel bis 2030

● Motorisierter Individualverkehr
● Gesamtverkehrsaufkommen

hätte nicht nur dazu beigetragen, den Erfolg der Massnahmen zu bestätigen oder zu widerlegen, sondern ausserdem eine agile Anpassung der Strategien ermöglicht, um auf sich ändernde Bedingungen und Herausforderungen effektiv reagieren zu können. Damit hätte zudem sichergestellt werden können, dass das Mobilitätskonzept nicht nur ein ambitionierter und dennoch statischer Massnahmenkatalog, sondern auch anpassungsfähig und zielorientiert ist. Nur so können wir erfolgreich eine Mobilitätswende realisieren, die die Qualität des Lebensraums Liechtenstein und dessen Standortattraktivität für uns alle und für unsere Kinder und Enkelkinder sichert.

Wie kann es weiter gelingen, das Mobilitätsangebot und die Infrastruktur so attraktiv zu gestalten, dass der Umstieg vom Auto auf andere Mobilitätsmittel erstrebenswert ist?

Entscheidend ist, in eine umfassende und benutzerfreundliche Infrastruktur zu investieren. Das beinhaltet sowohl den Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit verbesserten Taktzeiten und Komfort als auch die Schaffung von sicheren, gut ausgebauten und durchgängigen Rad- und Fusswegen. Multimodale Angebote, die verschiedene Verkehrsmittel nahtlos kombinieren, attraktive Tarifsysteme und finanzielle Anreize schaffen Voraussetzungen, die den Umstieg vom Auto auf andere Verkehrsmittel als erstrebenswerte Option erscheinen lässt.

Gemeinsam schaffen wir eine faire und respektvolle Zukunft im öffentlichen Raum und auf den Strassen. Weg von der Dominanz der Stärkeren und Schnelleren, hin zu inklusiven Mobilitäts Optionen, die Wahlfreiheit bieten und uns alle – im wahrsten Sinne des Wortes – vorwärtsbringen.

Manuela Haldner-Schierscher
Landtagsabgeordnete und
Vorstandsmitglied



Manuela ist Landtagsabgeordnete und seit August 2021 Vorstandsmitglied der Freien Liste. Dort ist sie zuständig für das Ressort Politik. Sie ist ausserdem Leiterin der Opferhilfestelle und als Kabarettistin Teil des Duos «Zwietracht».

Was kann man im Gemeinderat bewegen?

Vor der Wahl überlegt man sich, was man in der Gemeinde verändern und welche Vorschläge man einbringen möchte. Aber kann man wirklich etwas bewegen oder nickt man nur ab, was einem vorgesetzt wird? Nach knapp einem Jahr stelle ich fest, dass wir nicht nur das Bestehende verwalten. Wir diskutieren zahlreiche neue, zukunftsweisende Themen und gestalten diese aktiv mit.

Mein Ressort Familie und Jugend macht mir viel Freude. Ich habe erste Einblicke in die offene Jugendarbeit und unseren Jugendtreff «Kontrast» erhalten und durfte die Volljährigkeitsfeier mitorganisieren. Interessant ist auch, dass Triesen derzeit die UNICEF-Auszeichnung als «Kinderfreundliche Gemeinde» anstrebt. Das verleiht gerade der Familie und der frühen Kindheit einen höheren Stellenwert. Mich leiten die Fragen, wie es Familien mit Kindern und Jugendlichen in unserer Gemeinde geht, ob sie die nötigen Informationen erhalten und ob sie wissen, wo sie Unterstützung erhalten können.

Auch auf Landesebene tut sich einiges. So wurde im vergangenen Jahr «Streetwork», die aufsuchende Sozialarbeit im öffentlichen Raum, gestartet und in der alten Post in Bendern wird ein neuer Jugendtreff für die Über-16-Jährigen entstehen. Beide Projekte werden von Triesen mitfinanziert. Im sozialen Bereich, aber auch bei anderen übergreifenden Themen erscheint mir die Kooperation unter den Gemeinden und eine sorgfältige Abstimmung mit der Landesebene zielführend. Der Blick muss über die Ortsgrenze hinausgehen.

Andrea Hoch

Gemeinderätin Triesen

Spannende Dynamiken im Gemeinderat Vaduz

Aktuellstes Thema seit Ende 2023 betreffend den Gemeinderat Vaduz ist wohl der vorübergehende Ausfall der Bürgermeisterin Petra Miescher. An dieser Stelle soll gesagt sein, dass die Arbeit im Gremium und in der Verwaltung weiterhin reibungslos abläuft. Daher vorab ein grosses Lob an alle Beteiligten, welche die Ordnung in dieser einzigartigen Situation aufrechterhalten.

Am Gemeinderatsmandat etwas überrascht, hat mich die teilweise sehr lange Dauer der Sitzungen – einmal waren wir fast bis um Mitternacht noch mit Diskussionen und Abstimmungen beschäftigt. Das veranschaulicht ganz gut, dass nicht nur über eine grosse Menge an Anträgen abgestimmt wird, sondern auch ausführliche und konstruktive Gespräche zu diesen Themen stattfinden. Auch wenn man sich nicht immer einig wird, schätze ich die sehr kollegiale und positive Atmosphäre.

Besonders interessant ist auch die Verteilung der Parteimitglieder: Da keine der Grossparteien bei voller Besetzung eine Mehrheit hat, trägt meine Stimme als einziger Vertreter der Freien Liste bei gewissen Themen grosses Gewicht. Die Verantwortung nehme ich daher sehr ernst und bereite dementsprechend ausführlich vor. Auch die Arbeit in den Kommissionen ist vielseitig und spannend. Als Vorsitzender der Energiekommission trage ich hier besondere Verantwortung und habe die Möglichkeit, positives zu bewirken. Es braucht Zeit, bis man sich eingearbeitet hat und tatsächlich etwas auf die Beine stellen kann, aber die Möglichkeiten sind da und werden genutzt.

Jakob Becker

Gemeinderat Vaduz

August

01 Sommerferien
02 Sommerferien
03 Sommerferien
04 Sommerferien
05 Sommerferien
06 Sommerferien
07 Sommerferien
08 Sommerferien
09 Sommerferien
10 Sommerferien
11 Sommerferien
12 Tag der Jugend
13 Sommerferien
14 Sommerferien
15 Staatsfeiertag
16 Sommerferien
17 Sommerferien
18 Sommerferien
19 Welttag der Humanitären Hilfe
20 Dienstag
21 Mittwoch
22 Donnerstag
23 Freitag
24 Samstag
25 Sonntag
26 Montag
27 Dienstag
28 Mittwoch
29 Donnerstag
30 Freitag
31 Samstag

September

01 Sonntag
02 Montag
03 Dienstag
04 Landtag
05 Landtag
06 Landtag
07 Samstag
08 Mariä Geburt
09 Montag
10 Dienstag
11 Mittwoch
12 Donnerstag
13 Freitag
14 Generalversammlung der Jungen Liste
15 Tag der Demokratie
16 Montag
17 Dienstag
18 Mittwoch
19 Donnerstag
20 Freitag
21 Weltfriedenstag
22 Sonntag
23 Montag
24 Dienstag
25 Mittwoch
26 Donnerstag
27 Freitag
28 Samstag
29 Sonntag
30 Montag

Oktober

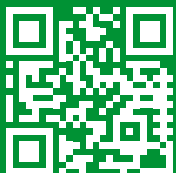
01 Dienstag
02 Landtag
03 Landtag
04 Landtag
05 Herbstferien
06 Herbstferien
07 Herbstferien
08 Herbstferien
09 Herbstferien
10 Welttag für psychische Gesundheit
11 Herbstferien
12 Herbstferien
13 Herbstferien
14 Herbstferien
15 Herbstferien
16 Welternährungstag
17 Herbstferien
18 Herbstferien
19 Herbstferien
20 Herbstferien
21 Montag
22 Dienstag
23 Mittwoch
24 Donnerstag
25 Freitag
26 Samstag
27 Sommerzeit Ende
28 Montag
29 Dienstag
30 Mittwoch
31 Donnerstag

November

01 Allerheiligen
02 Samstag
03 Sonntag
04 Montag
05 Dienstag
06 Landtag
07 Landtag
08 Landtag
09 Samstag
10 Sonntag
11 Montag
12 Dienstag
13 Mittwoch
14 Donnerstag
15 Freitag
16 Samstag
17 Sonntag
18 Montag
19 Dienstag
20 Weltkindertag
21 Donnerstag
22 Freitag
23 Samstag
24 Sonntag
25 Montag
26 Tag für nachhaltigen Verkehr
27 Mittwoch
28 Donnerstag
29 Freitag
30 Samstag

Dezember

01 Sonntag
02 Montag
03 Tag der Menschen mit Behinderungen
04 Landtag
05 Landtag
06 Landtag, St. Nikolaus
07 Samstag
08 Maria Empfängnis
09 Montag
10 Tag der Menschenrechte
11 Mittwoch
12 Donnerstag
13 Freitag
14 Samstag
15 Sonntag
16 Montag
17 Dienstag
18 Mittwoch
19 Donnerstag
20 Freitag
21 Weihnachtsferien
22 Weihnachtsferien
23 Weihnachtsferien
24 Heiliger Abend
25 Weihnachten
26 Stefanstag
27 Weihnachtsferien
28 Weihnachtsferien
29 Weihnachtsferien
30 Weihnachtsferien
31 Silvester



Zum digitalen Magazin

Lesen Sie alle Artikel
dieser Ausgabe online:
www.weissmagazin.li

www.freieliste.li
www.instagram.com/freieliste